

D03NEU5 #WeAreAntifa - Demokratie in Sachsen verteidigen

Antragsteller*in: Landesvorstand / Sophie Koch
Tagesordnungspunkt: O.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Sächsische Verhältnisse - eine Beschreibung, eine Frage und ein Appell zugleich.
2 Sachsen hat ein Nazi-Problem, egal wie viele Konservative versuchen, das
3 wegzureden. Sachsen ist das Bundesland, in dem zu Christi Himmelfahrt an
4 mehreren Orten Hitlergrüße gezeigt und eine Gruppe Polizeibeamter angegriffen
5 wird. Sachsen ist das Bundesland, in dem sich rechte Terrorgruppen wie
6 "Revolution Chemnitz" oder die "Gruppe Freital" gründeten. Sachsen ist das
7 Bundesland, in dem sich rechte Prepper Kriegswaffen organisieren können und der
8 Verfassungsschutz überrascht ist, wenn Journalist*innen ein solches Netzwerk
9 aufdecken. Sachsen ist das Bundesland, in dem Demonstrationen gegen Corona-
10 Maßnahmen fast immer von Rechtsradikalen angemeldet und durchgeführt werden.
11 Sachsen hat ein Nazi-Problem und wir wollen das nicht länger hinnehmen.

12 Die SPD und die Jusos Sachsen sind antifaschistisch. Es ist unsere Aufgabe, die
13 Demokratie in Sachsen gegen die Feinde von Rechts zu verteidigen. Diese Aufgabe
14 schaffen wir nicht nur allein politisch und parlamentarisch. Wir arbeiten daher
15 in zivilgesellschaftlichen Bündnissen, wir demonstrieren, wir halten im Alltag
16 dagegen.

17 Aber auch politisch und gesellschaftlich wollen wir einiges ändern:

18 Starker Staat gegen Rechte Gewalt und Rechtsterrorismus

19 Nazis lassen sich nicht von Argumenten überzeugen der beschwichtigen.
20 Rechtsradikale Netzwerke und Gruppen müssen konsequent zerschlagen, verboten und
21 vor Gericht gebracht werden. Polizei und Strafverfolgungsbehörden müssen hier
22 endlich ihren Job tun. Es kann nicht sein, dass lokale antifaschistische
23 Strukturen mehr Wissen über Aktivitäten von Nazigruppen, als die Polizei oder
24 der Verfassungsschutz.

25 Die Zerschlagung von Rechte Gruppen geht aber auch im Kleinen. Zum Beispiel,
26 indem man Kommunen berät, wie sie rechteextreme Veranstaltungen systematisch
27 erkennen und Immobiliennutzungen verhindern können.

28 Reichsbürger entwaffnen & Verschwörungsmythen aufdecken

29 Im März 2019 hat der Innenminister Horst Seehofer erstmals eine Reichbürger-
30 Gruppierung verboten.¹⁾ Auch in Sachsen leben über 1000 Menschen, die der
31 Reichsbürger-Szene zugeordnet werden können. Diese Menschen lehnen nicht nur
32 unsere Verfassung ab, sie sind auch oft bewaffnet. Eine Konsequente Entwaffnung
33 von diesen Rechtsradikalen ist daher unabdingbar.

34 Aktuell verbreiten sich viele Verschwörungsmythen im Netz aber auch auf der
35 Straße. Diese sind strukturell, und auch immer öfter offen, antisemitisch,
36 fabulieren von einer vermeintlichen "zionistischen Weltverschwörung" und machen
37 Jüd*innen für die aktuelle Krisenlage verantwortlich. Hier gilt es nicht nur, zu
38 widersprechen und argumentativ gegenzuhalten, sondern auch zu handeln, wenn
39 solche Mythen zu Gewaltaufrufen und Drohungen führen.

40 Burschis anfechten - Preppern das Spielzeug wegnehmen Nach Recherchen der taz,
41 welche Anfang Juni veröffentlicht wurden, haben sich rechtsradikale
42 Burschenschaftler im Umfeld Leipzigs auf einen "Rassenkrieg" vorbereitet.
43 Ausgerüstet mit Kriegswaffen wollten diese Reservisten der Bundeswehr
44 Andersdenkende und Menschen, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passen,
45 töten. Wir sind schockiert. Der Staat darf nicht weiter zusehen, wie Nazis und
46 Rassist*innen immer offener Freiheit und Gerechtigkeit angreifen. Deshalb fordern
47 wir, die Burschenschaft Germania aus Leipzig zu verbieten. Gerade in den
48 schlagenden Burschenschaften gehören Sexismus, Antisemitismus, Rassismus und
49 Nationalismus fast immer zum gemeinsamen Zusammenleben dazu. Wir sehen unsere
50 Aufgabe darin diese Männerbünde aufzubrechen. Rechte Studierende haben an
51 unseren Unis und Hochschulen nichts verloren, ihnen dürfen keine Räume und Foren
52 gegeben werden. Rechte Professor*innen müssen, soweit möglich, aus dem Dienst
53 entfernt werden. Freiheit, Ehre, Vaterland? Unsere Antwort: Widerstand!

54 Den Demokrat*innen zuhören - Nicht mit Rechten reden

55 Neurechte Bewegungen wie Pegida & Co sowie die immer wieder in Talkshows
56 eingeladene AfD haben gezeigt, dass Rechtsradikale nicht an demokratischen
57 Diskursen teilnehmen wollen, sondern, dass es ihr Ziel ist, die öffentlichen
58 Debatten und Diskurse inhaltlich zu bestimmen und umzudeuten.

59 Es macht einen Unterschied, ob Rechtsradikale, wie im Falle der AfD, sprechen
60 dürfen, weil sie demokratisch gewählt wurden, oder ob Verschwörungstheorien und
61 rechtem Gedankengut extra eine Bühne gegeben wird. Wir lehnen es deshalb ab,
62 dass immer wieder Gesprächsangebote und Runde Tische für sogenannte Besorgte
63 Bürger einberufen werden, während Tausende Demonstrierende von
64 antifaschistischen und progressiven Bündnissen genauso wenig Gehör finden, wie
65 zu Beispiel Erzieher*innen, Verkäufer*innen, Pflegekräfte oder Kinder und
66 Jugendliche.

Nicht nur im Rahmen der Corona-Krise sondern auch darüber hinaus bieten die Jusos und die SPD Sachsen ihre Gesprächsbereitschaft denen an, die sich für Demokratie einsetzen und nicht denen, die willentlich und wissentlich neben Nazis und Verschwörungsmystiker*innen auf der Straße demonstrieren.

Die AfD Entzaubern funktioniert nicht. Deshalb sollte jede*r Genoss*in genau prüfen, wann es sinnvoll oder vielleicht notwendig ist im Rahmen einer Veranstaltung mit Vertreter*innen der AfD zu diskutieren und wann eine Teilnahme an einer solchen Diskussion sinnvoller wäre.

Umgang mit Rechtsradikalen in Polizei, VS und Justiz

Die Polizei, dein Freund und Helfer - ein Satz den viele Aktivist*innen in Sachsen niemals unterschreiben würden. Gründe dafür finden sich im aggressiven Verhalten der sächsischen Polizei gegenüber linken Demonstrationen, in der Anonymität, die Fehler seitens der Polizei kaschieren lässt oder im Racial Profiling der Einsatzkräfte.

Dabei handelt es sich bei der Polizei nicht um einzelne Fehler oder Unwissenheit der Beamten. Immer wieder ist die Sächsische Polizei konfrontiert, mit rassistischen Aussagen ihrer Mitglieder, mit Polizeigewalt, die ihre Beamte ausführen oder mit internen Chatgruppen, die eindeutig rechtsradikale Gedanken verbreiten. Auch in der Justiz gibt es solche Vorfälle.

Ein wegen eines rechten Angriff ins Leipzig verurteilter Jura-Referendar darf in Sachsen trotzdem Volljurist werden. 2)

Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst jedoch nichts verloren. Polizei, Bundeswehr und Justiz müssen handeln und alle Maßnahmen ergreifen, um keine Rechtsradikalen in ihren eigenen Reihen zu haben. Generell benötigt es auch innerhalb der Sicherheitsbehörden mehr Sensibilisierung für Rassismus, mehr Verständnis und Kenntnis von unserer Demokratie und eine bessere Fehlerkultur.

Lange fordern wir deshalb eine wirklich unabhängige Beschwerdestelle oder eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und werden da auch nicht nachlassen.

Rassismus in Bildungseinrichtungen thematisieren

Die Mehrheit der Menschen in Sachsen ist weiß und kann daher keine Rassismuserfahrungen machen. Aber niemand von eben jener Mehrheit ist davon frei, rassistisch zu denken, zu handeln oder zu reden - auch wir Jusos nicht.

Rassistische Denk- und Verhaltensmuster müssen in allen Bildungseinrichtungen - von der Kita bis zur Meisterschule behandelt werden. Wir fordern die Überprüfung

der sächsischen Lehrpläne dahingehend und die Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen von BIPoC.

Außerdem benötigt es eine weitere Stärkung der Sozialen Arbeit und politischen Bildung an Schulen, um Vorfälle von Rassismus und Diskriminierung an sächsischen Bildungseinrichtungen zu thematisieren.

Antifa bleibt Handarbeit - Zivilgesellschaft endlich stärken

Im Kampf gegen Rechte Gewalt und Rechtsradikalität braucht es nicht nur staatliche Arbeit sondern vor allem auch eine starke Zivilgesellschaft. Diese wird in Sachsen jedoch seit Jahren klein gehalten, unter Verdacht gestellt oder in ihrer Arbeit verhindert. Das passiert durch Kürzungen von Geldern, durch Repressive Polizeiarbeit auf Demonstrationen und durch die in Sachsen nach wie vor weit verbreitete und längst widerlegte Hufeisentheorie.

Im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung heißt es: "Wir bekennen uns zu einer starken Zivilgesellschaft, die jeden Tag die Werte unserer Demokratie aufs Neue verteidigt" (S. 66).³⁾ Ein reines Lippebekenntnis reicht und jedoch nicht. Wir fordern, dass Alternative Jugendzentren, Vereine und antifaschistische Projekte langfristig und unbürokratisch gefördert werden. Wir fordern eine Sensibilisierung und ein Umdenken in den Kommunen bei den Versammlungs- und Ordnungsbehörden sowie bei der Polizei in Bezug auf Demonstrationen.

Für Menschen, die von Nazis bedroht werden, braucht es endlich die im Koalitionsvertrag vereinbarte zentrale Anlaufstelle die die Drohungen und Ängste der Zivilgesellschaft ernst nimmt. Dass Menschen wie die ehemalige Bürgermeisterin Martina Angermann aufgrund von rechter Hetze ihr Amt niederlegen, darf genauso wenig passieren, wie Drohungen und Hetze im Netz gegen Aktivist*innen.

1) <https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2020/03/Verbotene-Reichsbuerger-Gruppe-hat-auch-enge-Beziehungen-zu-saechsischen-Radikalen-322226>

2) <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Sachsen-Verurteilter-Jura-Referendar-darf-Volljurist-werden>

3) <https://www.spd-sachsen.de/schwerpunkte-koav/>